

Starkes Bündnis gegen sexualisierte Gewalt im Landkreis Sigmaringen

Die Bekämpfung sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Sigmaringen - Sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen ist ein schwerwiegendes gesellschaftliches Problem, das tiefe Narben hinterlässt. Betroffene leiden oft ein Leben lang unter den physischen und psychischen Folgen. Die Dunkelziffer ist hoch, da viele Fälle aus Scham oder Angst vor Konsequenzen nicht gemeldet werden.

Sexueller Missbrauch ist dabei kein Problem, das nur in großen Städten vorkommt; er geschieht auch in kleineren Gemeinden und ländlichen Kreisen, auch im Landkreis Sigmaringen.

Um dem entgegenzuwirken hat sich der Landkreis Sigmaringen gemeinsam mit der Fachberatungsstelle Lichtblick erfolgreich um die Teilnahme an dem Landesprojekt „Starke Bündnisse gegen sexualisierte Gewalt“ beworben, das darauf abzielt, sexuellem Missbrauch vor Ort wirksam zu begegnen.

Anfang Juli dieses Jahres konnte erfolgreich die Auftaktveranstaltung des Projektes stattfinden. Über 60 Vertreterinnen und Vertreter aus Polizei, Justiz, Jugendhilfe, Beratungsstellen, Schulen und dem Gesundheitswesen nahmen daran teil. Stephanie Rozek, Teamleiterin der Fachberatungsstelle Lichtblick beim Caritasverband Sigmaringen e. V., betonte die Bedeutung der Zusammenarbeit aller beteiligten Berufsgruppen: „Um betroffenen Kindern und Jugendlichen angemessen helfen zu können, benötigen wir ein Unterstützungssystem mit klaren Absprachen, Zuständigkeiten und funktionierender Kommunikation.“ Sebastian Schneider, SKM Männerberatung Sigmaringen, äußerte den Wunsch nach einer stärkeren Medienpräsenz, um das Thema in der Öffentlichkeit noch besser zu verankern.

Stephanie Rozek informierte die Teilnehmenden in ihrem Impulsvortrag über die aktuellen Entwicklungen im Bereich sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Sie schilderte eindrücklich, wie diese Entwicklungen auch in der täglichen Arbeit der Fachberatungsstelle Lichtblick im Landkreis Sigmaringen sichtbar werden. So steigen beispielsweise die Fallzahlen im Bereich des Cybergrooming, bei dem erwachsene Täter im Internet das Vertrauen von Kindern erschleichen, um sexuellen Missbrauch vorzubereiten, kontinuierlich an.

Die Auswirkungen auf die Betroffenen sind dabei tiefgreifend. Vor allem, da diese Form der Gewalt häufig in einem Umfeld stattfindet, in dem Kinder eigentlich Schutz und Geborgenheit suchen – in Familien, Schulen oder Gemeinden. Sie leiden unter intensiven Gefühlen von Verrat, Scham und Schuld. Die psychischen Folgen sind schwerwiegend und können lebenslange Auswirkungen haben, darunter Depressionen, Angststörungen, posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) und Schwierigkeiten, gesunde Beziehungen aufzubauen.

Rozek betonte den „großen moralischen Auftrag“, der daher mit der Prävention und Bekämpfung von sexualisierter Gewalt verbunden ist, und wies darauf hin, dass es nicht nur moralisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll sei, die langfristigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen zu mindern.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen durch sexuellen Missbrauch sind erheblich: Das Gesundheitswesen ist durch medizinische Versorgung, Rehabilitation und Arbeitsunfähigkeit belastet. Die Justiz bindet beträchtliche Kapazitäten und Ressourcen durch Ermittlungsverfahren, Gerichtsprozesse und Inhaftierung von Tätern. Auch die Sozialdienste sind stark gefordert, um Betroffene und ihre Familien zu unterstützen, etwa durch Beratungsstellen und Familienhilfen. Eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen aus dem Jahr 2017 kam zu dem Ergebnis, dass die direkten und indirekten Kosten durch sexuellen Missbrauch in Deutschland bei etwa 9,3 Milliarden Euro pro Jahr liegen.

Gleichzeitig zeigt die Polizeiliche Kriminalstatistik 2023, dass sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen eine drängende Herausforderung bleibt – auch im Landkreis Sigmaringen. Die Zahlen steigen stetig, bundesweit sind jeden Tag 54 Kinder von solchen Verbrechen betroffen.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sei es entscheidend, präventive Maßnahmen zu ergreifen. So können Schulen und Kitas z. B. Präventionsprogramme und Aufklärungsunterricht anbieten, Gemeinden Aktionen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit abhalten und kommunale Schutzkonzepte entwickeln, so Rozek. Es sei wichtig, dass Familien Unterstützung im Bildungsrahmen erhalten und Behörden wie Polizei und Jugendhilfe besser vernetzt arbeiten.

Barbara Latzel, Netzwerkkoordinatorin Frühe Hilfen und Kinderschutz des Fachbereichs Jugend, ergänzte, dass drei weitere Landkreise (Rastatt, Ostalbkreis, Reutlingen) an dem Projekt beteiligt sind und es Ziel sei, jeweils vor Ort verlässliche Gesamtstrukturen zu etablieren. Die finanzielle Förderung des Projekts erfolgt durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration in Baden-Württemberg im Rahmen des Masterplans Kinderschutz, der landesweit insgesamt 9,8 Millionen Euro für Projekte wie dieses bereitstellt. Fachlich begleitet wird das Projekt von der Landeskoordination spezialisierter Fachberatung bei sexueller Gewalt in Kindheit und Jugend (LKSF Baden-Württemberg). Die Ergebnisse dieser Auftaktveranstaltung bilden die Grundlage für die weitere Arbeit im Projekt, das bis Oktober 2025 fortgeführt wird. Nach Abschluss der Projektlaufzeit sollen die entwickelten Strukturen und Maßnahmen dauerhaft im Landkreis verankert werden.

Evelyn Lang, Opferschutzkoordinatorin im Polizeipräsidium Ravensburg, Referat Prävention, hob die Bedeutung des Austauschs zwischen den verschiedenen Einheiten hervor, um eine optimale Zusammenarbeit zu gewährleisten. „Eine enge Vernetzung ist entscheidend, damit jeder weiß, an wen er sich wenden kann“, betonte Lang.

Die Bekämpfung sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ein Drittel der Kinder und Jugendlichen teilt sich zwar mit, doch zwei Drittel schaffen es nicht, über das Erlebte zu sprechen. Sie müssen die erlebte Gewalt stillschweigend ertragen und lernen, damit zu leben und umzugehen. Rozek unterstrich, dass „die Kinder so viel mehr brauchen“ um dies zu ändern und hob hervor, dass sich auf Landes- und Bundesebene bereits einiges tue, um das Bewusstsein zu stärken und eine nachhaltige Verbesserung zu erreichen.